

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	61 (1982)
Heft:	1
Artikel:	Wirtschaft an der Wende ; Was können wir tun? : Ein Diskussionsbeitrag für die achtziger Jahre
Autor:	Winkler, Ruedi
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-339828

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

halb es der SPS oder den Gewerkschaften nicht gelinge, für ihre politischen Anliegen gleich eindrückliche Massendemonstrationen auf die Beine zu bringen. Darauf habe ich keine Patentantwort. Vermutlich haben zuviele nur noch ein platonisches Verhältnis zur Politik, oder es ist uns bisher nicht gelungen, da, wo wir politische Verantwortung haben, die Menschen vermehrt zu gewinnen und zu engagieren. Wenn wir aber fähig sind, den politischen Auftrag, den uns die vielen Bürgerinitiativen, Alternativegruppen, Gewerkschaften, Frauenbewegung, Antiatom-

gegner und Ökologen geben, zu erfüllen, dann müsste es nicht unmöglich sein, das enorme politische Engagement nach dem Wort von Günter Grass, Stimmen seien das Kleingeld der Demokratie, politisch umzusetzen. Wenn wir das Große in der Politik erkennen, dann sollte auch der oft kleinkarierte Stoff aus den roten Fahnen verschwinden. Es müsste gelingen, mehr Menschen zu gewinnen. Denn alles was wir tun und wollen, ist für das Leben, gegen den Krieg, für den Frieden.

Helmut Hubacher

im Buch: Der «Trendbruch» der siebziger Jahre und seine wirtschaftlichen Konsequenzen.)

«Wunderlösung» Wachstum am Ende

Im wirtschaftlichen Bereich beruht die Wende in ihrem Kern darin, dass die «Wunderlösung» der Nachkriegszeit, das materielle Wachstum, nicht mehr funktioniert. Die physischen Grenzen der Erde, aber auch einzelner Regionen, Länder, Städte und Dörfer werden sichtbar. Auch immer mehr Menschen spüren die psychischen Grenzen.

Ruedi Winkler

Wirtschaft an der Wende Was können wir tun?

Ein Diskussionsbeitrag für die achtziger Jahre

Erinnerung an den SPS-Parteitag 1981: In der Programmdiskussion wird von verschiedenen Genossinnen und Genossen auf die Zeitenwende, in der wir standen, hingewiesen.

An einem Vortrag in Zürich sagte der Präsident der Österreichischen Notenbank, Koren: «Wir stehen nicht vor einer Wende, wir sind längst mitten drin».

Und aus dem Munde eines bürgerlichen Ökonomen tönt das so: «Nun hat gerade die der weltweiten Wirtschaftsrezession des Jahres 1975 folgende Entwicklung deutlich gemacht, dass Arbeitslosigkeit, Inflation und unausgeglichene Zahlungsbilanz in der heutigen Ausprägung nicht mehr Phänomene darstellen, die wie die Gezeiten im Konjunkturwechsel entstehen und wieder vergehen. Sie

lasten vielmehr in Permanenz — und zwar mit immer grössem Gewicht — auf den Volkswirtschaften der westlichen Industrieländer, sind für diese zu langfristigen Entwicklungs- und Strukturproblemen geworden, denen man mit den konventionellen Mitteln der Stabilitätspolitik nicht mehr Herr werden kann. Dies röhrt daher, dass sich die weltweiten Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens im Vergleich zu den in den fünfziger und sechziger Jahren herrschenden Verhältnissen grundlegend geändert haben: ein «Trendbruch», d.h. eine fundamentale Richtungsänderung der langfristigen Entwicklungslinie der westlichen Volkswirtschaften — wie sie sich etwa im Verlauf des realen Bruttosozialproduktes widerspiegelt — war die Folge davon.» (Francesco Kneschaurek

Vielfalt der Probleme

Wenn Aurelio Peccei, der Präsident des Club of Rome schreibt, dass die jetzigen Erdbewohner im Laufe ihres Lebens mehr natürliche Ressourcen konsumieren werden als alle ihr Vorfahren zusammen, und dass der Energieverbrauch der letzten 25 Jahre dem gesamten Energieverbrauch der Menschheit vorher entsprechen; wenn der Ökonom und Mitverfasser des NAWU-Reports, Werner Geissberger, schätzt, dass bei unveränderter Entwicklung bis ins Jahr 2000 ein Drittel des Ackerlandes und die Hälfte der tropischen Wälder der Erde zerstört wären; wenn nach Angaben der OECD sich die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer zwischen 1971 - 1981 verfünfacht hat und sich in den OECD-Ländern die Zahl der Arbeitslosen von rund 16 Mio. 1977 auf 25 Mio. 1981 erhöht hat, dann ahnt man, in welcher Vielfalt und in welcher Tiefe sich die Probleme stellen.

Die Reaktion der Herrschenden

Welche Reaktion ist nun von den Mächtigen, den Besitzen-

den angesichts dieser geballten Ladung von Bedrohungen zu erwarten? Fast reflexartig wird versucht, den Besitzstand zu wahren, sich abzusichern. Auf die Wirtschaftspolitik übertragen bieten sich verschiedene Möglichkeiten an:

● Die an Besitz, Einfluss und Macht Reichen sind jene, die die Produktionsmittel besitzen. Wer die Produktionsmittel besitzt, kann etwas produzieren und anschliessend anbieten. Um diesen Kreisen möglichst viel Vorteile zu verschaffen, muss somit die Angebotsseite als Quelle des Wohlergehens dargestellt werden. Die Ideologie dazu heisst angebotsorientierte Wirtschaftspolitik oder «supply side economics». Präsident Reagan ist zur Zeit mit seinen Helfern daran, vorwiegend auf Kosten der Schwachen, diese Version durchzuspielen.

● Schon etwas weiter «fortgeschritten» — auf monetaristische Art — ist die Regierung Thatcher in England. Dort werden bereits die Zukunftsperspektiven ersichtlich. Man spricht von positiven Wachstumsraten. Aber alle sind sich einig: Bei heute rund 3 Millionen Menschen ohne Arbeit — beinahe 12% der Erwerbstätigen — muss mit weiter steigenden Arbeitslosenzahlen gerechnet werden.

● Eine weitere Möglichkeit besteht in der Suche nach einem Sündenbock, dessen Freigabe — nicht gerade zum Abschuss, aber doch für eine Treibjagd — den mit Einfluss und Gütern gesegneten nichts Gravierendes anhaben kann. Ein scheinbar als tauglich erachtetes Objekt wurde mit dem Slogan «Mehr Freiheit — weniger Staat» lokalisiert. Damit sind wir bei der schweizerischen (Wirtschafts-) Politik.

Die Schweiz ist gewarnt

Gehen wir zurück zu den zu Beginn aufgeworfenen Problemen. Es steht völlig ausser Zweifel, dass die weltweit sich abzeichnenden Schwierigkeiten, wahrscheinlich für die meisten überraschend schnell und hart, auch auf die Schweiz durchschlagen werden. Wie eng die Schweiz mit der Weltwirtschaft verhängt ist und wie rasch und tief sich deren Bewegungen auf diese übertragen können, zeigen die Statistiken für 1975. Kein Industrieland verlor im Verhältnis so viele Arbeitsplätze und erlitt einen solch tiefen Einbruch. Insofern ist die Schweiz gewarnt, auch wenn 1975 der kleinste Teil der Last von Schweizern getragen wurde.

Von den Realitäten ausgehen

Wie sollen sich nun SP und Gewerkschaften auf die sich abzeichnenden Schwierigkeiten und Machtkämpfe vorbereiten. Vorerst hat es wenig Sinn, sich Illusionen hinzugeben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen dass,

● die zunehmend schärfere internationale Konkurrenz, die Erschwerung des internationalen Handels (Importbeschränkungen in vielen Ländern), die zunehmende Verschuldung der Entwicklungsländer, steigende Rohstoff- und Energiepreise den tragenden Sektor der schweizerischen Wirtschaft, die Industrie, hart treffen wird,
● die grösseren schweizerischen Industrieunternehmen sich an der material-, energie- und kräfteverzehrenden internationalen Rationalisierungsschlacht beteiligen werden und mit einem zunehmenden «Ausstoss» an Arbeitslosen und solchen, die nicht mehr mithalten können, gerechnet werden muss,

● der Dienstleistungssektor nicht unberührt von den Problemen der Industrie bleibt, und die Mikroelektronik noch zusätzlich auf die Beschäftigung drückt,

● die Aussichten für die Staatsfinanzen und Sozialwerke entsprechend zurückhaltend zu beurteilen sind.

● SP und Gewerkschaften heute weitgehend von der wirtschaftlichen Macht ausgeschlossen und politisch, wenn es hart auf hart geht, meist in der Minderheit sind.

SP- und Gewerkschaftspolitik auf zwei Pfeiler abstützen

Auf diesem Hintergrund drängt sich nach meiner Ansicht für SP und Gewerkschaften eine Politik auf, die die Herausforderungen der Zeitenwende annimmt und die sich abzeichnenden Entwicklungen auch als Chance versteht, die eigenen Vorstellungen, wie diese Probleme zu meistern wären, nach Möglichkeit zu verwirklichen. Eine solche Politik hätte sich auf zwei Pfeiler zu stützen:

1. Der erste wäre gewissermassen der «traditionelle Pfeiler». Es ist davon auszugehen, dass die Schweiz heute eine Wirtschaftsstruktur hat, in der mehr als die Hälfte der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich arbeitet und 35% des wertmässigen Bruttosozialproduktes exportiert wird. Der Anteil der Exportindustrie wird aufgrund der obigen Überlegungen sinken und die Beschäftigung im Dienstleistungssektor zurückgehen. Trotzdem wird auf absehbare Zeit der überwiegende Teil der Beschäftigten in der «traditionellen Wirtschaft» tätig sein. Darum liegt weiterhin ein Schwerpunkt des Kampfes von SP und Gewerkschaften auf besseren Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und Arbeitszeitverkürzungen. Volle

Transparenz über die Lage eines Unternehmens müsste die Bedingung für Konzessionen bei den Löhnen sein.

2. Den zweiten Pfeiler der SP- und Gewerkschaftspolitik könnte man den «Pfeiler der Selbsthilfe» nennen. Selbsthilfe für diejenigen, die vom «traditionellen Wirtschaftsbereich» als Arbeitslose ausgestossen, dort gar nie aufgenommen wurden, oder unter den dort zunehmend mehr von technischen Abläufen, Hierarchiedenken und Anonymität dominierten Bedingungen nicht mehr arbeiten können oder wollen.

Stichwort Selbsthilfe

Selbsthilfe ist hier in dem Sinne gemeint, als betroffene Arbeitslose und Gewerkschaften nicht mehr bei Unternehmen nach einem Arbeitsplatz suchen, sondern die Arbeitsplätze selbst schaffen. Dabei ist davon auszugehen, dass diese Arbeitsplätze in der Regel in einem profit-mässigen nicht so ergiebigen Bereich angesiedelt wären. Es muss aber festgehalten werden:

1. Es widerspricht der wirtschaftlichen, menschlichen und gesellschaftlichen Vernunft, wenn nur Menschen eine Beschäftigung haben, die nach kapitalistischen Kriterien effizient arbeiten, die nicht Benötigten aber vom Arbeitsprozess ausgeschlossen und mit Arbeitslosengeldern versorgt werden.

2. Bei der Bereitschaft, zu Gunsten einer überblickbaren, nach den Prinzipien der Selbstverwaltung gestalteten Arbeit einen tieferen Lohn in Kauf zu nehmen, gibt es viele Möglichkeiten, den Lebensinhalt zu verdienen.

Für den Bedarfsfall bereit sein

Als Konsequenz der bisherigen Überlegungen und Lagebeurteilung hätten SP und Gewerkschaften sich rasch darauf vor-

zubereiten, da viele Anzeichen darauf hinweisen, dass die schwierigen achtziger Jahre bereits im nächsten Jahr bei der Beschäftigung erste Spuren hinterlassen dürften. Deshalb wäre insbesondere mit folgenden Aufgaben, bzw. der Vorbereitung darauf, zu beginnen:

- Es sollten ganz **konkrete Projekte** **vorbereitet** werden (z.B. Projekte für die Errichtung von Reparaturwerkstätten, günstige Räumlichkeiten für Handwerkerkollektive, Suche nach Produzenten, die als Direktlieferanten für einen Lebensmittelladen in Frage kämen usw.), die dann den arbeitslos Gewordenen als Vorschlag vorgebracht werden können.

- Es sollten eigentliche **Marktstudien für Kleingewerbe** und andere geeignete Bereiche durchgeführt werden.

- Erfahrungen, Informationen sollten gesammelt, Kontakte vermittelt und **Starthilfe** (finanzielle, rechtliche, fachliche) gegeben werden.

- Beim Aushandeln von Sozialplänen wäre darauf zu achten, dass gegebenenfalls den Entlassenen zum Teil **an Stelle von Geld** Gebäulichkeiten, Nutzungsrechte und Einrichtungen für Tätigkeiten auf eigene Rechnung überlassen würden.

- Gegebenenfalls sollte auch **ein Teil der Arbeitslosengelder** für Starthilfen und Kredite für solche Projekte zur Verfügung stehen.

Anzustrebendes Ziel müssten nach und nach «selbsttragende soziale Netze» sein, die auf umwelt- und menschenfreundliche Art produzieren und arbeiten. Durch Zusammenarbeit und gegenseitige Ergänzung sollten immer mehr Menschen einerseits in diesem neuen Wirtschaftsteil arbeiten und anderseits ihren Bedarf in immer grösseren Ausmass daraus decken. Mit dem dichter werden dieser Netze kämen zuneh-

mend den sozialen Kontakten und der sozialen Geborgenheit stärkere Bedeutung zu. Hier müssten auch alte und invalide Menschen eine ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen entsprechende Tätigkeit finden.

Zum Schluss bleibt festzuhalten:

1. Die skizzierte Idee eines «zweiten Pfeilers» für die SP- und Gewerkschaftspolitik ist nicht eine Alternative zu einer vollbeschäftigte, wachsenden Wirtschaft, sondern ein Diskussionsvorschlag, wie die Arbeiterbewegung auf die sich abzeichnenden harten Folgen des Wachstumsglaubens und kapitalistischen Antworten darauf, reagieren sollte.

2. Es handelt sich nicht um ein Modell des zunehmenden Wohlstandes, sondern schon eher um eine Überlebensstrategie, die mit materiellen Einbußen verbunden wäre, in bezug auf soziale Geborgenheit, Befriedigung und Schonung der Umwelt aber zweifellos grosse Chancen in sich trägt.

3. Mut zur Selbsthilfe hängt sehr eng mit Selbstbewusstsein zusammen. Beide wirken belebend aufeinander. Die Arbeiterbewegung könnte beide brauchen.

Literatur:

Binswanger / Geissberger / -Ginsburg: Wege aus der Wohlstandsfall (NAWU-Report). Andr' Gorz: Abschied vom Proletariat.

Joseph Huber (Hrsg.): Anders arbeiten — anders wirtschaften.

Aurelio Peccei: Die Zukunft in unserer Hand.

Christine Föppl: Die Vollbeschäftigteformel.